

Ernst Hillebrand (Hg.)

Rechtspopulismus in Europa

Gefahr für die Demokratie?



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter *http://dnb/db.de* abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0467-9

© 2015 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat: Eckard Schuster

Umschlaggestaltung: Ralf Schnarrenberger, Hamburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: *www.dietz-verlag.de*

Inhalt

<i>Ernst Hillebrand</i> Die populistische Herausforderung – Eine Einführung	7
I. Fallstudien	
<i>Susi Meret</i> Die Dänische Volkspartei: Vom Steuerprotest zum Rechtspopulismus	15
<i>Jean-Yves Camus</i> Frankreichs Front National auf dem Weg an die Macht?	24
<i>Matthew Goodwin</i> Der Aufstieg der UK Independence Party (UKIP): Ein Erklärungsversuch	31
<i>Michael Braun</i> Die Lega Nord: Vom Wohlstandssezessionismus zum Anti-Euro-Nationalismus	40
<i>Koen Vossen</i> Das Ein-Mann-Orchester in den Niederlanden: Geert Wilders und die Partei für die Freiheit (PVV)	48
<i>Barbara Tóth</i> Am mächtigsten in der Opposition: Die FPÖ in Österreich	59
<i>Marek Beylin</i> PiS: Vom sozialen zum national-katholischen Populismus in Polen	69
<i>Andreas Ladner</i> Die Schweizerische Volkspartei – Gratwanderung zwischen Nationalkonservatismus und Rechtspopulismus	77
<i>Jakub Patočka</i> »Unternehmerpopulismus«: Der Aufstieg des Andrej Babiš in Tschechien	88
<i>Attila Juhász, Péter Krekó, Krisztián Szabados</i> Fidesz und der Nationalpopulismus in Ungarn	96

II. Politische Bewertung

Christophe Guilluy

Das periphere Frankreich: Soziologie und Geografie
des Front National 107

Laurent Baumel

Populismus als politischer Hilferuf 115

Anthony Painter

Populismus, Extremismus und die Spannungen
im demokratischen System 121

Werner A. Perger

Die neue Dimension des Populismus: Die europäische Rechte
und die eurasische Herausforderung der liberalen Demokratie 128

Karin Priester

Populismus in den Medien: Realität und Stigmawort 138

III. Die Linke und der Rechtspopulismus

René Cuperus

Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten –
Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten 149

David Goodhart

Eine postliberale Antwort auf den Populismus 159

Robert Misik

Progressive Gegenstrategien gegen den Populismus 166

Ernst Hillebrand

Die Irrtümer der Linken und die Suche nach der richtigen Antwort . . . 173

Anhang

Autoren 183

Die populistische Herausforderung – Eine Einführung

ERNST HILLEBRAND

Frei nach Marx könnte man sagen: »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Populismus.« Die Europawahl 2014 brachte rechtspopulistischen Bewegungen Rekordergebnisse ein. Immer tiefer, so scheint es, dringen diese Bewegungen in die Wählerschichten der etablierten Parteien, vor allem der großen Volksparteien der Nachkriegszeit, ein. In dieser Hinsicht war die Europawahl lediglich ein besonders markanter Moment. Denn das Anwachsen rechtspopulistischer Bewegungen ist ein sehr viel älteres Phänomen. In vielen Ländern begann ihr Aufstieg bereits vor mehr als einem Vierteljahrhundert. In den vergangenen Jahren hat diese Entwicklung allerdings eine neue Qualität erreicht. Dass der französische Front National oder die britische UKIP bei nationalen Wahlen zur jeweils stärksten Partei ihres Landes aufsteigen könnten, schien bis vor Kurzem noch undenkbar. Genau dies aber ist bei der Europawahl 2014 passiert. Auch in Deutschland hat sich die Parteienlandschaft gewandelt, wie sich an den jüngsten Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) zeigt. Die dauerhafte Etablierung einer rechtspopulistischen Partei auf nationaler Ebene kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

Erklärungsansätze für diese Entwicklung gibt es viele. Im Erstarken des Rechtspopulismus artikuliert sich eine Reihe von Prozessen, die das vertraute politische Koordinatensystem der Nachkriegsdemokratien erheblich verschoben und das traditionelle Rechts-links-Schema teilweise obsolet

gemacht haben. Die Globalisierung hat zu einem Entgrenzungsprozess der Ökonomien geführt, die Europäisierung zu einem solchen der politischen Systeme der Nationalstaaten. Soziokulturelle Fragestellungen haben eine neue Bedeutung erhalten und den politischen Raum neu strukturiert. Vor allem die wachsende soziokulturelle Kluft zwischen öfnungsorientierten, liberal-kosmopolitischen Eliten und nationalistisch-protektionistisch gesinnten Bevölkerungsgruppen hat erhebliche Auswirkungen auf die politischen Präferenzen verschiedener sozialer Milieus.¹

Aber nicht nur die Wahrnehmung von sozialen, kulturellen und ökonomischen Interessenlagen hat sich im Zuge dieser Prozesse verschoben. Die politischen Systeme selbst haben sich verändert. Der Politologe Peter Mair hat dies als Prozess der »Aushöhlung« der europäischen Demokratien beschrieben. Für eine signifikante Anzahl von Bürgern bieten sie nicht mehr das gewünschte Maß an Teilhabe und Repräsentativität. Im Mehrebenensystem von Nationalstaaten und Europäischer Union geht für die Wähler das Gefühl verloren, Politik effektiv im Sinne eigener Interessen beeinflussen zu können.² Und zumindest in der aktuellen Krise bieten die Verhältnisse auch immer weniger ökonomische Sicherheit und Berechenbarkeit. Das Vertrauen, die Dynamiken des Kapitalismus durch demokratische Politik einhegen zu können, ist im neoliberalen Finanzkapitalismus deutlich geschwunden.³

Das vorliegende Buch hat drei Schwerpunkte: Zum einen sollen wichtige rechtspopulistische Parteien in Europa kurz beschrieben, ihre Dynamik und ihre soziale Verankerung betrachtet werden. Hierzu zählen nicht nur Länder wie Frankreich, Großbritannien oder Österreich, die in der deutschen Debatte über den Rechtspopulismus in der Regel im Zentrum des Interesses stehen. Um die gesamte Bandbreite des Phänomens abzudecken, richtet sich der Blick auch auf unsere östlichen Nachbarn. Dort wachsen eigenständige Formen des Rechtspopulismus heran, von Viktor Orbáns populistischem

Nationalismus in Ungarn bis zu Andrej Babiš' »Unternehmerpopulismus« in Tschechien.

Bei dieser Betrachtung zeigt sich sehr schnell, dass es keinen klar definierten, einheitlichen Rechtspopulismus in Europa gibt. Auch diese politische Bewegung tritt in verschiedenen Formen und Farben in Erscheinung. Geschichte, Anliegen und Wählermilieus variieren ebenso wie die Positionierungen in sozialen und ökonomischen Fragen. Hier gibt es, je nach Thema, inhaltliche Berührungspunkte von ganz rechts bis relativ links im Spektrum der bestehenden Parteienlandschaft. Ein kleinster gemeinsamer Nenner lässt sich am ehesten noch im soziokulturellen Bereich finden: in einer Präferenz für das Gewohnte, das Nationale, das Vertraute und in einer dezidierten Abneigung gegenüber den etablierten Mainstreamparteien und den amtierenden liberalen Eliten.

Der zweite Schwerpunkt des Buches liegt in der Analyse der Ursachen für die Erfolge der Rechtspopulisten. Dies ist nicht nur für das allgemeine Verständnis des Rechtspopulismus wichtig, sondern auch für die Definition von Strategien für die Einhegung dieses Phänomens, gerade auch für linke Parteien und Bewegungen. Denn bei allen Unterschieden ist den verschiedenen Rechtspopulismen eines gemeinsam: Sie gewinnen ihre Wähler in einem nicht unerheblichen Maße aus traditionellen Wählermilieus der linken Mitte. Die Neigung sozial schwächerer Gruppen, rechtspopulistische Bewegungen zu wählen, wächst. Die Vorstellung, der Rechtspopulismus sei vor allem ein Problem für die etablierten konservativen Parteien, eine Art Verteilungskampf im rechten Lager, hat sich längst als Illusion erwiesen. Langfristig könnte sogar das genaue Gegenteil richtig sein: Der Abfluss von aus einfachen sozialen Verhältnissen stammenden Wählern zu den Rechtspopulisten droht die Machtperspektive der linken Mitte dauerhaft zu schwächen. Für die konservativen Parteien – dies zeigt eine Vielzahl von rechten Koalitionsregierungen

unter Einschluss oder Duldung von Rechtspopulisten, von Österreich über die Niederlande bis Dänemark – eröffnen sich dagegen neue Koalitionsperspektiven. Aus Sicht der politischen Rechten handelt es sich eher um ein Positivsummenspiel, das traditionell linke Wählermilieus für konservative Machtkonstellationen erschließt.

Die europäische Linke hat es bisher nicht geschafft, den Wachstumsprozess der Rechtspopulisten zu stoppen. Dies hat, so der Tenor einer Reihe von Beiträgen dieses Bandes, auch mit der Reaktion der etablierten Parteien zu tun. Eine der Intentionen dieses Buches ist es daher, die Lektionen anderer Länder für die deutsche Debatte nutzbar zu machen. Warum die Fehler, die woanders gemacht wurden, selbst noch einmal wiederholen? Die Frage nach einem vernünftigen gesellschaftlichen und politischen Umgang mit den Wählern rechtspopulistischer Parteien bildet daher den dritten thematischen Schwerpunkt dieses Buches. Mehrere Autoren interpretieren die Wahl rechtspopulistischer Parteien als eine Art politischen Hilferuf von Bevölkerungsgruppen, die sich von Veränderungen ihrer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensverhältnisse bedroht fühlen. Diese sozial schwächeren Gruppen, die im System des Kapitalismus immer eher am »receiving end« von politischen Entscheidungsprozessen angesiedelt waren, bildeten einst die Kernklientel linker Volksparteien. Sie sind es heute immer weniger, und dies hat auch damit zu tun, wie diese linken Parteien mit den Sorgen und Befürchtungen dieser Menschen umgegangen sind.

Der Rechtspopulismus wird als politisches Phänomen in Europa nicht so schnell verschwinden. Die dem Phänomen zugrunde liegenden Veränderungen sind struktureller Natur und langfristig wirksam. Zudem droht die wirtschaftliche Malaise in der Eurozone die Legitimität der politischen Systeme weiter zu beschädigen. Populistische Bewegungen von rechts wie von links dürften davon profitieren. Aber selbst wenn der Erfolg des Rechtspopulismus *auch* ökonomische

Ursachen hat, sollte dies nicht dazu verleiten, diese Entwicklung in erster Linie aus einer ökonomistischen Perspektive heraus zu interpretieren.⁴ Im Gegenteil: Die Neigung der Linken zu dieser Wahrnehmung ist ein Teil des Problems. Die kulturellen und gesellschaftlichen Dimensionen der Verunsicherung von Wählern werden allzu gerne ignoriert, zu »falschem Bewusstsein« oder zu »Nebenwidersprüchen« erklärt, die via Wirtschaftswachstum oder Sozialtransfers zu beheben seien.

Eine Erholung der Wirtschaft und die Stärkung des Sozialstaats in Europa sind sicherlich extrem wichtig, um ein weiteres Anwachsen von Protestbewegungen aller Art zu verhindern. Aber auch in gut funktionierenden Volkswirtschaften – das zeigen die Beispiele der Schweiz oder Dänemarks – können Rechtspopulisten erfolgreich sein und die politische Agenda (mit)bestimmen. Es wird daher eines sehr viel breiteren, das ganze Spektrum der Verunsicherungsgefühle abdeckenden Ansatzes bedürfen, um dem Rechtspopulismus das Wasser abzugraben. Dafür möchte dieses Buch einen Beitrag leisten.

ANMERKUNGEN

- 1 Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Doleschal, Simon Bornschie, Tim Frey: *Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared*, in: *European Journal of Political Research* 45 (2006) 6, S. 921–957.
- 2 Peter Mair: *Ruling the Void – The Hollowing of Western Democracy*, London 2013.
- 3 Jürgen Kocka/Wolfgang Merkel: *Kapitalismus und Demokratie*, in: Wolfgang Merkel (Hg.): *Demokratie und Krise*, Wiesbaden 2015, S. 307–337.
- 4 Laurent Bouvet: *L'Insécurité culturelle*, Paris 2015, S. 127–142.

Frankreichs Front National auf dem Weg an die Macht?

JEAN-YVES CAMUS

Im Jahr 1972 gegründet und bis Mitte der 1980er-Jahre auf das enge Spektrum beschränkt, über das die extreme Rechte Frankreichs seit 1945 verfügte, hat sich der Front National (FN) heute zur dritten politischen Kraft des Landes entwickelt. Die Parteivorsitzende Marine Le Pen, die im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2012 17,9 Prozent der Stimmen erhielt, ist nach eigenem Bekunden davon überzeugt, dass sie, fände die für 2017 terminierte Präsidentschaftswahl schon morgen statt, in den zweiten Wahlgang gelangen würde, und sie glaubt sogar an ihren Sieg, also an die Möglichkeit, das höchste staatliche Amt zu erringen. Die erstgenannte Hypothese wird durch mehrere Meinungsumfragen erhärtet, unter anderem durch eine am 3./4. September 2014 für die Tageszeitung *Le Figaro* durchgeführte Ifop-Umfrage, die Marine Le Pen im ersten Wahlgang mit 28 Prozent den höchsten Stimmenanteil zubilligte. Man sollte sich im aktuellen Stadium jedoch davor hüten, diese Umfragen als verlässliche Indikatoren für den Ausgang der kommenden Wahl zu betrachten; bis dahin sind es noch zwei Jahre, und die Liste der Kandidaten steht noch nicht fest.

Eine Tatsache jedoch bestätigt sich: Auch wenn es dem FN nicht gelungen ist, die politische Bipolarität in Frankreich zu durchbrechen und, wie Marine Le Pen nach der Europawahl 2014 behauptete, »die führende Partei Frankreichs« zu werden, ist der FN immerhin die dritte Kraft im Lande. Sie war bisher nie an einer regierenden Koalition, sei es auf

nationaler, sei es auf regionaler Ebene, beteiligt und verkörpert bei den Wählern die generelle Ablehnung derjenigen Parteien, die sich seit 1981 in der Regierungsverantwortung abgewechselt haben, nämlich Parti Socialiste (PS) und Rassemblement pour la République (RPR) beziehungsweise Union pour un Mouvement Populaire (UMP) und deren Verbündete aus der rechten Mitte. Der FN verkörpert also, und dies übrigens schon seit den 1990er-Jahren, die berühmte »Tribunenfunktion« (*fonction tribunicienne*), also die Funktion, dem Dissens mit der herrschenden Politik eine politische Artikulation zu verschaffen.¹ Sie erzielt damit einen sehr viel größeren Wahlerfolg als die radikale Linke (Parti Communiste und Parti de Gauche, vereint in der Wahlplattform Front de Gauche²) und die trotzkistische extreme Linke (Nouveau Parti Anticapitaliste und Lutte Ouvrière³).

Diese atypische Situation im politischen System wird verschärft durch den von den anderen Parteien errichteten Sperrgürtel um den Front National, der bisher jegliche Absprache mit dem FN beziehungsweise Wahlverzicht zugunsten des FN unterbindet. Er macht den FN zum »ausgeschlossenen Pol« gemäß der von dem italienischen Politikwissenschaftler Piero Ignazi verwendeten Formulierung *polo escluso* für den neofaschistischen MSI in Italien.⁴ Die von der FN-Vorsitzenden seit ihrer Wahl im Jahr 2011 verfolgte Strategie der »Entdiabolisierung« ist gänzlich darauf ausgerichtet, ihre Partei aus dieser Isolierung herauszuführen und sie für die Beteiligung an lokalen Koalitionen mit dem rechtskonservativen Lager salonfähig zu machen. Auf regionaler Ebene war es bereits 1998 zu Absprachen zwischen rechtem Regierungslager und FN gekommen, die zwar von den Führungsstäben des neogaullistischen RPR und der rechtsliberalen UDF desavouiert wurden und nur von kurzer Dauer waren – aber immerhin war es dazu gekommen.

Einer 2013 durchgeführten Umfrage zufolge haben die Berührungängste bei den aktiven Mitgliedern der rechtsbür-

gerlichen Parteien wie auch des FN vermutlich abgenommen. Die Frage »Wären Sie für eine Absprache zwischen UMP und FN auf lokaler Ebene an der Spitze von Großstädten oder Regionen?« wurde von 73,2 Prozent der FN-Sympathisanten, 53,1 Prozent der UMP-Wähler und 46,1 Prozent der Anhänger der Zentristen von der UDI mit Ja beantwortet.⁵ Der Anteil der rechten Sympathisanten, die eine Verständigung auf nationaler Ebene befürworten, ist zwar hoch (44 Prozent), stellt aber keine Mehrheit dar. Doch auch das ist nicht endgültig: Derselben Umfrage zufolge sind fast die Hälfte (49 Prozent) der UMP-Wähler und 64 Prozent der UDI-Sympathisanten der Auffassung, dass die Vorschläge von UMP und FN sich bei gewissen Themen annähern. Dies zeigt, dass der ideologische Schwerpunkt des gesamten rechten Spektrums in Frankreich dabei ist, sich zu verlagern – insbesondere bei den Themen Identität und Sicherheit.

Zustimmendes Votum der unteren Schichten

Die oben genannte »Tribunenfunktion« darf jedoch nicht dazu veranlassen, die Stimmabgabe für den FN als reine Protestbekundung zu betrachten. Dieses Votum ist heute Ausdruck der Zustimmung zu einem Dreiklang einfacher Werte:⁶ Ablehnung der Zuwanderung (entscheidend für 62 Prozent der Wähler von Marine Le Pen), Verlangen nach Sicherheit (44 Prozent) und Forderung nach einer verbesserten Kaufkraft (43 Prozent). Das Thema Identität ist weiterhin das Kernstück der FN-Ideologie und auch das wesentliche Unterscheidungsmerkmal gegenüber den anderen rechten Parteien. So schlägt der FN zum Beispiel vor, eine rechtliche Regelung einzuführen, wonach nur französische Staatsbürger Anspruch auf Sozialleistungen hätten und bei der Vergabe von Arbeitsplätzen wie auch von Wohnungen bevorzugt behandelt werden würden. Allerdings sind diese Vorschlä-

ge – wie etwa auch derjenige, das Geburtsortsprinzip (*ius soli*) aufzugeben – möglicherweise dabei, ihren transgressiven Charakter zu verlieren. Gewisse Strömungen der UMP wie *Droite forte* und *Droite populaire*⁷ beginnen die FN-Rhetorik über die Ablehnung des Multikulturalismus, die »exzessive« Zuwanderung und die gebotene Rückkehr zu den »christlichen Wurzeln« Frankreichs zu übernehmen.

Um sich von anderen abzuheben, muss der FN folglich sein Anderssein markieren, indem er von der Zuwanderungskritik zur Kritik an der Sichtbarkeit des Islams umschwenkt oder sogar – wie bei einigen FN-Funktionären der Fall – eine Art »Verdrängungstheorie« (*le grand remplacement* – »großer Bevölkerungsaustausch«)⁸ entwickelt, die Marine Le Pen allerdings als verschwörungstheoretisches Konzept von sich weist. Über das Identitätsthema gibt es auch innerhalb der Partei durchaus unterschiedliche Einschätzungen. Marine Le Pen prangert den Islamismus an, aber nicht den Islam als solchen und lehnt die Theorie des »Kampfes der Kulturen« ab. Einige FN-Vertreter – wie etwa ihr ehemaliger Berater für internationale Fragen, der Geopolitologe Aymeric Chauprade – sind empfänglich für die Idee eines aktuellen Frontalzusammenstoßes zwischen dem Westen und »einem Teil des Islams«, dessen totalitäres Vorhaben mit dem des Nazismus vergleichbar sei.⁹ Dieses Thema hat sich zum internen Spannungsherd der Partei entwickelt, und die Parteichefin befürchtet das Entstehen einer Achse zwischen Chauprade und der Abgeordneten Marion Maréchal-Le Pen, die bei der Wahl des Zentralkomitees auf dem Parteikongress am 29. November 2014 den höchsten Stimmenanteil erzielte.

Die identitätsbezogene Dimension des FN-Programms ist jedoch nur eine der beiden tragenden Säulen des Votums für den Front National. Die andere ist das Gefühl der sozialen Auflösung, der wirtschaftlichen Prekarisierung und des (realen oder symbolischen) Statusverlusts, das die Wähler der

Partei zum Ausdruck bringen. Dies wird von wahlsoziologischen Erkenntnissen bestätigt: 2012 stimmten 36 Prozent der ungelernten Arbeiter und 33 Prozent der Facharbeiter für Marine Le Pen. Wie in anderen europäischen Staaten bewies diese Wahl das Aufkommen einer nationalpopulistischen Wählerschaft unter den einfachen Angestellten (21 Prozent), insbesondere im Dienstleistungssektor und vor allem bei Frauen, die als ungelernte Angestellte im Handel beschäftigt sind (30 Prozent), bei denen, die einen festen Job aufgegeben haben, um Mutter und Hausfrau zu werden, sowie jenen, die arbeitslos oder im Ruhestand sind.

Damit bestätigt sich die Feststellung des Schweizer Soziologen Daniel Oesch¹⁰, wonach das Zusammentreffen wirtschaftlicher (prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne) und kultureller Faktoren (fehlende Integration in ein intermediäres soziales Netzwerk des Typs Gewerkschaft oder Verein, Ethnozentrismus) die Verbreiterung der Wählerbasis rechtspopulistischer Parteien unter den »Globalisierungsverlierern« ermöglicht. Der 25-prozentige Stimmenanteil, den der FN bei Handwerkern, Geschäftsinhabern und Unternehmern erzielt hat, erlegt der Partei jedoch auch Zwänge auf. Sie muss ihr Plädoyer für die Rückkehr zu einem Staat, der im sozialen Bereich als Beschützer und strategisch agiert, mit einer Ablehnung einer »konfiskatorischen« Besteuerung und vermehrter administrativer Auflagen versöhnen. In diesem Sinne ist der FN also gezwungen, eine eindeutig liberalpopulistische Dimension mit einer anderen zu verbinden, die man als »Sozialpatriotismus« bezeichnen könnte.

Wachsender Rückhalt, aber kaum Machtoptionen

Ziel des FN ist es, das Kräfteverhältnis, dank dessen er die UMP bei der Europawahl 2014 überrunden konnte, zu konsolidieren und auszubauen und somit das gesamte rechte

Spektrum in Frankreich neu aufzumischen. Während Jean-Marie Le Pen praktisch sein gesamtes Augenmerk nur auf die Präsidentschaftswahlen richtete, hat seine Tochter begriffen, dass die angestrebte Machtbeteiligung nur mit einer kombinierten Strategie, nämlich Eroberung von oben (Präsidentschaftswahl 2017) und Verwurzelung von unten auf lokaler Ebene (Kantonal- und Regionalwahlen 2015), erreichbar ist. Auf ihrem Weg befinden sich jedoch zwei Hindernisse: Durch die Rückkehr von Nicolas Sarkozy in die Politik ist jetzt wieder eine charismatische und erfahrene konservative Führungsfigur im Rennen. Der FN liegt bei allen lokalen und regionalen Erfolgen hinsichtlich Präsenz in beschlussfassenden Versammlungen, lokalpolitischer Profilierung und Erfahrung im Umgang mit der Macht immer noch weit hinter UMP und UDI zurück. Es ist mit nahezu völliger Gewissheit vorherzusagen, dass der FN auf lange Zeit die dritte politische Kraft in Frankreich bleiben wird, zumal wenn sich bestätigen sollte, dass die Partei ihre Ergebnisse zu verbessern und ihre Wähler dauerhaft an sich zu binden vermag. Gleichwohl bleibt es wegen der weiter fortbestehenden »Glaubwürdigkeitsmauer« wenig wahrscheinlich, dass Marine Le Pen je ins höchste Amt des Staates gewählt wird.

ANMERKUNGEN

- 1 Ursprünglich war diese Funktion der Kommunistischen Partei zugewiesen worden. Georges Lavau: *À la recherche d'un cadre théorique pour l'étude du PCF*, in: *Revue française de science politique*, 18-3 (1968), S. 445–466.
- 2 Deren Kandidat Jean-Luc Mélenchon erzielte bei der Präsidentschaftswahl 2012 11,10 % der Stimmen.
- 3 Der kumulierte Stimmenanteil ihrer Kandidaten bei dieser Wahl betrug 1,71 %.
- 4 Piero Ignazi: *Il polo escluso: profilo del Movimento Sociale Italiano*«, in: *Il Mulino*, 1989.
- 5 Umfrage von Ipsos-Logica für *Le Parisien*, 10. 10. 2013.

- 6 Vgl. Umfrage Ipsos-Logica »Premier tour de la présidentielle: comprendre le vote des français«, April 2012.
- 7 Im November 2012 bei den UMP-Vorstandswahlen erhielt der Antrag der *Droite forte* 27,8 % der Stimmen, derjenige der *Droite populaire* 10,8 %.
- 8 Der von dem Schriftsteller Renaud Camus, der heute dem *Bloc Identitaire* nahesteht, entwickelte Gedanke des *grand remplacement* besteht im Beklagen einer progressiven und bereits fortgeschrittenen Substitution des ethnisch-kulturellen Substrats der *français de souche* (Urfranzosen) durch eine zugewanderte, mehrheitlich muslimische Bevölkerung.
- 9 Interview im französischen Parlamentsfernsehen (LCP) am 22. 1. 2015.
- 10 Vgl. Daniel Oesch: Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland, in: *International Political Science Review* 29/3 (2008).

Die neue Dimension des Populismus: Die europäische Rechte und die eurasische Herausforderung der liberalen Demokratie

WERNER A. PERGER

Eine Zeit lang war der Populismus für die politische Klasse des demokratischen Europa ein eher obskures Thema. Die Wahlerfolge der rabiaten neuen Kleinparteien am rechten Rand, die den alten Volksparteien den Finger zeigten, wurden zwar registriert. Doch für die etablierten Kräfte hatte das eher den Charakter von lästigen Nebengeräuschen. Die können zwar dann und wann zu einer Art Belästigung werden, ähnlich wie der gelegentlich anschwellende Geräuschpegel im Berliner *Café Einstein* oder im Wiener *Landtmann* schon mal den gepflegten Politplausch etwas irritiert. Aber das war, als alles anfing, noch nicht so krass.

Beispielsweise Mitte der 1990er-Jahre, als in Italien der zunächst im Rest Europas wenig bekannte »Cavaliere« Berlusconi erstmals kurz an die Macht kam. Das war zwar ein wenig gespenstisch – immerhin war in diesem Land seinerzeit der Faschismus erfunden worden –, aber diese erste Phase der Irritation währte nur kurz. Nach Berlusconis unmittelbarem Nachfolger Lamberto Dini kam der ehrenwerte Professor Romano Prodi, und mit ihm verknüpften die Europäer die Hoffnung, dass der populistische Spuk aus Mailand und der Lombardei schon wieder vorbei sei. Das war bekanntlich ein Irrtum.

Ernster wurde dann aber die Störung der demokratischen Hausordnung anno 2000 durch Österreich genommen. Dort, wo ein unheilvoller Prozess schon einmal begonnen hatte, störte die unvorhergesehene Regierungsbeteiligung der rechtsextremismusaffinen Freiheitlichen Partei des Kärntner Millionärs Jörg Haider die demokratische Behaglichkeit der anderen. In der rundum fast ausschließlich von Sozialdemokraten regierten Europäischen Union – zu jener Zeit mit fünfzehn Mitgliedsstaaten – löste diese Machtbeteiligung der neuen Radikalen eine gewisse Hektik aus. Das EU-Reglement sah gegen eine derartige Mesalliance zwar keine Regeln vor, man wollte aber dennoch irgendwie zeigen, dass so etwas »gar nicht« geht. Schließlich einigte man sich im Kreis der vierzehn Anständigen – *extra legem*, jenseits rechtlicher Grundlagen – darauf, die rechtspopulistische Wiener Schmuddelkoalition unter dem Christdemokraten Wolfgang Schüssel zu isolieren. Diese »Sanktionen light«, gedacht als symbolisches Signal des Missfallens, blieben zwar ohne nachhaltige Wirkung: Die Koalition hielt sich sechs Jahre im Amt (und hinterließ der Rechtspflege ein paar spektakuläre Korruptionsfälle), die FPÖ betätigt sich nach wie vor als rechtspopulistischer Stimmungsmacher. Doch rückblickend kann man zumindest sagen, dass diese Reaktion der Vierzehn ein gemeinsamer Reflex auf das unterirdische Rumoren innerhalb der kriselnden Demokratien war.

Inzwischen ist aus dem damaligen Rumoren im europäischen Untergrund ein tektonisches Beben geworden. Es zu ignorieren oder durch kalkulierte Vernachlässigung entschärfen zu wollen ist keine strategische Option mehr. Die neuen Parteien gibt es überall. Sie haben sich breitgemacht, sind in den politischen Prozess der Demokratien nachhaltig eingesickert. Sie sind zwar kaum an Regierungen beteiligt, doch vielfach bestimmen sie entweder die politische Tagesordnung mit, oder sie sind es, die im Alltag die Themen setzen. Man kann zwar darüber debattieren, ob das schon

die politische Krise ist, die zum Gegenstand des von Colin Crouch angestoßenen »Postdemokratie«-Diskurses wurde, ob die europäische Demokratie sich insgesamt bereits im »Ausnahmestand« (*State of Emergency*)¹ befindet, wie der Politikwissenschaftler Claus Offe vermutet, oder ob es doch korrekter und näher an der Realität wäre, von einer »Erosion der Demokratie« zu sprechen. Das jedenfalls empfiehlt Wolfgang Merkel vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in dem soeben erschienenen und von ihm herausgegebenen Band über *Demokratie und Krise*.²

Doch so oder so: Das politische Spiel, dessen Regeln und die Bereitschaft der Mitspieler, sich daran zu halten, haben sich verändert. In der ihm eigenen abwägenden Umsicht beschreibt Merkel die gegenwärtigen »Erosionserscheinungen« der Demokratie so: »Formale Rechte, Normen und Verfahren bleiben in der Regel intakt, aber die Chancen der Teilnahme und die tatsächliche Partizipation und Repräsentation haben sich verändert.« Demokratiegewinne wie die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Abbau von Diskriminierung von Minderheiten hätten zweifellos Gewicht. Auch habe die »kulturelle Sensibilität in reifen Demokratien« zugenommen. Ins Gewicht falle aber auch dies: »Gleichzeitig [...] ist die Indifferenz gegenüber gravierenden sozioökonomischen Ungleichheiten und Vermögen, Einkommen und Lebenschancen gewachsen.«³

Diese Entwicklung hat eine deutliche Wirkung: Die ökonomisch und sozial abgehängten Schichten verlieren auch politisch den Anschluss an die demokratische Entwicklung. Ihr Aufstieg in den modernen Gesellschaften, eine historische Errungenschaft früherer politischer und sozialer Kämpfe, ist offenbar abgeschlossen. Der Scheitelpunkt ist überschritten, der Abstieg hat begonnen. »Das unterscheidet das letzte Viertel evident vom Rest des 20. Jahrhunderts. Sozialdemokratische Parteien« – seinerzeit die Pioniere und Vorkämpfer des sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft – »haben sich zum

Teil von ihrer Kernklientel entfernt.« Die einstigen Unterschichten kehren politisch wie ökonomisch und sozial auf ihr ursprüngliches Niveau in der gesellschaftlichen Hackordnung zurück. Sie »werden nicht ausgegrenzt, sondern schlicht vergessen«. ⁴

In der Folge schwinden dort geradezu zwangsläufig das Interesse an der Demokratie und die Bereitschaft zur Teilnahme. »Wozu wählen?« ist eine sich ausbreitende Haltung. Welchen Sinn hat Demokratie noch? In der tagespolitischen Aktualität macht sich die wachsende Bereitschaft bemerkbar, sich neuen, radikaleren Angeboten zuzuwenden. Die modernen Gesellschaften leben insofern in einem »populistischen Moment«, wie Helmut Dubiel in seinem klassischen Essay (*Populismus und Aufklärung*⁵) schon vor dreißig Jahren solche sozialpsychologischen Situationen in Anlehnung an die amerikanische Sozialforschung genannt hat. Gemeint sind damit historische Situationen, in denen sich die Verhältnisse durch Druck von unten verändern ließen, freilich in unterschiedliche Richtungen. Die historischen Optionen sind offen: Dies kann die Stunde der Reformer und Friedensstifter sein. Es kann aber auch, wie zurzeit häufig feststellbar, die Stunde der Verführer und Menschenfänger sein, der sozialen Allesversprecher links, der xenophoben Aufpeitscher und Hetzer rechts. Draußen, vor der Tür zur baufälligen Demokratie, warten die Ausgemusterten und Verbitterten auf solche neuen Ansagen und neuen Führer. Mit »Mehr Demokratie wagen« kann man sie nicht mehr gewinnen.

Die Volksparteien haben geschlafen

Den etablierten Volksparteien ist diese Entwicklung mittlerweile immerhin aufgefallen. Nicht dass sie gut darauf vorbereitet waren. Lange genug haben sie weggesehen. Wo sich Probleme ergaben, waren kreative Lösungswege die Aus-

nahme. Die etablierten Netzwerke aus Wirtschaft und Politik gingen in der Regel den Weg der Routine. So verlegten sie sich beispielsweise auf relativ risikoarme Ausbesserungsarbeiten, wie in Spanien die Konservativen und danach die Sozialisten mit ihrer blindwütigen – und zumeist von Korruption begleiteten – Bauboom-Förderung. Deren fatale Folgen sind dort im ganzen Land zu sehen: zerstörte Landschaften, leer stehende Geistersiedlungen, kaum genutzte Investitionsmonumente (wie Flughäfen, die niemand braucht). In Ausnahmefällen gibt es auch großflächige, dringend benötigte Strukturveränderungen, die ihr politisches Reformziel zwar erfüllen, aber nicht selten begleitet sind von hohen sozialen Folgekosten für viele Menschen. Wenn dann politische Überzeugungsarbeit fehlt und deshalb die Zustimmung ausbleibt, hat das die entsprechenden Folgen: Die Reformer werden bestraft. Das deutsche Lehrstück dafür ist immer noch die »Agenda 2010« der zweiten Berliner rot-grünen Koalitionsregierung. Sie stabilisierte die deutsche Wirtschaft rechtzeitig vor der großen Krise nach 2007 – um den Preis des politischen Absturzes der SPD. Auf diesem Fundament ruht denn auch die Stabilität der Kanzlerschaft Merkel.

Ob den Sozialdemokraten die Rückkehr in strategische Machtpositionen – also deutlich über der 30-Prozent-Marke – je noch gelingen wird, ist ungewiss. Das wird davon abhängen, ob die Partei der alten demokratischen Linken es schafft, im politischen Wettbewerb noch einmal an frühere Phasen kultureller Hegemonie anzuknüpfen. Anders gesagt: Das ist eine Frage der Personen, die in dieser Partei das Sagen haben und für ihr Profil verantwortlich sind. Entscheidend wird sein, ob sie die Überzeugungskraft haben, den Enttäuschten wieder Mut zu machen. Eine organisatorische Umrüstung des Parteibeamtenapparats reicht dazu nicht aus. Worauf es ankommt, sind die Kreativität und die soziale Intelligenz der Führungsfiguren. Vertrauen aufzubauen ist schwer. Noch schwerer aber ist es, verlorenes Vertrauen wiederzugewin-

nen. Das ist der Stresstest für die Demokraten und für das europäische Demokratiemodell, die historische Kombination aus Rechtsstaat, Sozialstaat und liberaler Demokratie.

Eine paneuropäische Herausforderung

Dieser Test findet heute unter erschwerten Bedingungen statt. Die bedrängten Traditionsdemokraten sehen sich nicht mehr nur auf der nationalen Ebene ihren in der Regel nationalpopulistischen, antidemokratischen Herausforderern gegenüber. Innerhalb der EU-Demokratien treten vor allem auch die sozialchauvinistischen Rechtspopulisten zunehmend koordiniert in Erscheinung. Die gesinnungspolitischen Erben der ersten Generation des Nachkriegs-Rechtsradikalismus, mit Marine Le Pen, Geert Wilders, Heinz-Christian Strache als Alphafiguren an der Spitze, sind inzwischen, bei allen kleinen Unterschieden, einigermaßen untereinander vernetzt.

Sie bemühen sich zwar, ohne übergroßen Eifer, um Abgrenzung gegenüber den Rechtsextremisten, namentlich der gewaltbereiten Polit-Hooligan-Szene und der NPD in Deutschland. Zugleich pflegen sie aber zunehmend Kontakte mit jenen Kräften am Rand oder außerhalb der Europäischen Union, wo an einem anderen Demokratiemodell gearbeitet wird. Sie interessieren sich für das obrigkeitsstaatliche Steuerungsmodell, das der Nationalpopulist Viktor Orbán als »Demokratie ohne Liberalismus« (ergänze: und bald ohne Rechtsstaat) in Ungarn entwickelt. Und sie pflegen, so wie der einstige Antikommunist Orbán, darüber hinaus freundliche Beziehungen zu Wladimir Putin. Der russische Präsident wirkt mit seinen Ideologievordenkern indirekt als Ideengeber, mit ihm nahestehenden Oligarchen obendrein als finanzieller Sponsor. Russisches Geld für Marine Le Pens Front National sorgte in Frankreich für Aufregung und auch international für Schlagzeilen.

Vor allem Putins Führungsmodell der strikten Kontrolle der Gesellschaft durch die Staatsmacht passt besser in das gesellschaftliche Ruhe-und-Ordnung-Weltbild der neuen populistischen Führer- und Volksparteien. Wie die Nachfahren des sowjetischen Totalitarismus und Nationalismus haben sie wenig übrig für das »erodierende« Modell der traditionellen repräsentativen Demokratie, die offenkundig an akuter Führungs-, Ideen- und Entscheidungsschwäche leidet und zusehends an Vertrauen in der Bevölkerung verliert. Sie sympathisieren daher umso mehr mit der ethnozentrischen, anti-islamischen, antimultikulturellen und homophoben Haltung der osteuropäischen Rechten und der von Putin bewusst neu gebildeten, an nationaler Größe orientierten Achse von Kreml und Kirche. Die entschlossene Verteidigung der alten Werte und der gottgewollten Ordnung – zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Gesellschaft – ist eine ausreichende Basis für Annäherungen über historische Differenzen hinweg. Welche Entwicklung: 1989 »Gorbi-Gorbi!« in Berlin, 2015 »Putin hilf« in Dresden!

Putins vergleichsweise protzig-kraftstrotzendes autoritäres Gegenmodell zur demokratischen Ineffizienz und Uneinigkeit des Westens interessiert besonders die französische Anführerin der Antidemokraten. Die rüde Sprache mag Marine Le Pen mittlerweile – im Vergleich zum Vater – gemäßigt haben. Sie will auch Stimmen aus der Mitte. So bekennt sie sich verbal zu den demokratischen Spielregeln. Die öffentliche Verachtung für die Demokratie als Prinzip, wie von der NPD bis Orbán zu hören, ist nicht ihr Thema. Aber das Konzept der »geordneten Demokratie«, mit dem der gelernte »Westler« Putin seinerzeit nach dem postsowjetischen Chaos unter Jelzin aufräumen wollte und von dem er freilich alsbald zum ost-autoritären Machtmodell wechselte, ist im Denken der Rechtspopulisten insgesamt präsent. Natürlich werden sie, sofern sie je in die Lage kämen, darüber zu entscheiden, freie Wahlen nicht abschaffen. Dafür würden sie erst recht mehr

Abstimmungen und mehr »Volksbeteiligung« einführen. Auch so kann man ja die parlamentarische Demokratie eingrenzen und sich Einfluss ohne direkte Machtbeteiligung verschaffen. Der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker spricht in diesem Zusammenhang von der »plebiszitären Transformation«⁶ des Systems. Weniger Rechte für die Abgeordneten, mehr Einfluss für die Stimmung des Volkes und seiner Sprecher, das ist zunächst nicht verdächtig. Aber wie viel »plebiszitäre Demokratisierung« verträgt die parlamentarische Demokratie, ohne ihren repräsentativen Charakter zu verlieren?

Den populistischen Herausforderern der europäischen Demokratie und ihren mutmaßlichen Verbündeten außerhalb der EU ist noch eines gemeinsam: das Misstrauen gegenüber der Großmacht auf der anderen Seite des Atlantiks. Die beschäftigt vor allem den russischen Präsidenten. Daher gefällt ihm besonders der aus mehreren Quellen herrührende Antiamerikanismus der EU-Rechten. Und aus diesem Grund interessiert ihn die politische Kooperation mit diesen bewährten Stimmungsmachern innerhalb der westlichen Demokratien. Selbst wenn sie in ihren Ländern keine institutionelle Macht bekommen sollten, im Zeitalter des permanenten Informationskriegs – im »Kampf um die Seelen«, wie die Amerikaner schmalziger sagen – können sie überaus nützliche Hilfsdienste leisten. Es geht um das Schüren von Stimmungen und das Offenhalten von Optionen. Die Putin-Kohorten im Internet und die Guerilla-Aktivisten an der ukrainischen Propagandafront zeigen, worin so eine kontinentale Zusammenarbeit der Rechtspopulisten und der Autoritären bestehen kann.

Kampf um die kulturelle Hegemonie

So geht der Kampf um die »kulturelle Hegemonie« in Europa von der Ebene nationaler Kämpfe zwischen alten und neuen Parteien in die große Konfrontation der gegensätzlichen Systeme.

me über. Im Aufmerksamkeitsschatten des realen Krieges in der Ostukraine findet ein weniger auffälliger, aber auf seine Weise mindestens so gefährlicher kalter Krieg zwischen Demokraten und Antidemokraten statt. Längst hat sich ein ideologischer Austausch zwischen den Antidemokraten aus Ost und West etabliert. Das in Moskau entwickelte »Eurasien-Konzept« soll Russland wieder zum globalen machtpolitischen Faktor machen, zum dritten Player zwischen China und den USA. Nützlich wäre es dabei zweifellos, wenn Europa zu Amerika auf Distanz ginge. Die populistische Rechte, ohnehin nicht proamerikanisch disponiert, am wenigsten Marine Le Pen, die potenzielle nächste französische Präsidentin, könnte stimmungspolitisch dazu gewiss beitragen. Welch interessantes Thema für die diversen Konferenzen und Seminare von Putins Helfern und ihren völkischen Sympathisanten aus dem Westen!

Die Ersetzung des demokratischen Rechtsstaats durch den postdemokratischen Führerstaat ist ein konkretes Gefahrenszenario, das inzwischen auch der Historiker Heinrich August Winkler mit Sorge thematisiert. Er sieht in dieser turbulenten europäischen Phase das Ende der positiven Utopie eines drei Kontinente umspannenden Friedensraums im Zeichen der Demokratie – von Amerika über Europa bis Russland, »von Vancouver bis Wladiwostok«. Die Annexion der Krim durch Russland machte dem ein Ende.

Doch man sollte sich nichts vormachen: Die Perspektive für die westliche Werteordnung hatte sich schon vorher in den Demokratien selbst verdüstert. »Die größte Bedrohung kommt immer aus dem Westen selbst,« sagt Winkler, »von einem Westen, der seine eigenen Werte verleugnet.« Diese Gefahr ist angesichts der jüngsten Entwicklungen kein Hirn-
gespinnst mehr. Deshalb sind die »Putin hilf«-Plakate aus dem Pegida-Milieu für den Historiker so beunruhigend – als Ausdruck einer »kruden Mischung von Antiamerikanismus und einer merkwürdigen Verklärung deutsch-russischer Gemeinsamkeiten«. Das habe es schon in Weimar gegeben.

»Es ist eine Ideologie, die Deutschland in die Katastrophe geführt hat, und deswegen muss man solchen Tönen, ob sie in Leipzig oder Dresden oder wo immer laut werden, mit aller Deutlichkeit und Schärfe widersprechen.«⁷

Wir erleben eine Zeit der Transformation, der Übergänge. Viel steht auf dem Spiel. Niemand kann ausschließen, dass die neuen rechten Volkstribune Europas genau jene politischen Akteure sind, die – zusammen mit dem risikobereiten Freund im Osten – laut Wolfgang Merkel »die Ressourcen und die Strategiefähigkeit besitzen, die relevanten Machteliten des alten Systems herauszufordern«.⁸ Oder mindestens in Bedrängnis zu bringen. Die Demokraten müssen sich auf diese Dimension der Auseinandersetzung vorbereiten und sich der Herausforderung stellen: die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Das ist eine Aufgabe für »Machteliten« mit langem Atem, mit Ausdauer und Fantasie. Es ist zu befürchten, dass die populistischen Rattenfänger durch die Politik von heute zu einem endemischen Problem der Demokratie werden. Anders gesagt: Die bleiben uns noch eine Zeit lang erhalten.

ANMERKUNGEN

- 1 <http://www.socialeurope.eu/2015/03/european-democracy-2/>
- 2 Wolfgang Merkel: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: ders. (Hg.): Demokratie und Krise – Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden 2015, S. 473–498.
- 3 Ebenda.
- 4 Ebenda.
- 5 Frankfurt a. M. 1986.
- 6 in: Berliner Republik, Nr. 3 (2003).
- 7 Interview mit Peter Kapern, Deutschlandfunk, 2. 2. 2015.
- 8 Wolfgang Merkel: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: ders. (Hg.), a. a. O., S. 473–498, hier S. 492.